

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
 Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die
 Post bezogen und abholen vom Postamt 0,85 Mk.;
 bei freier Bestellung durch den Briefträger
 ins Haus 18 Pf. mehr.
 Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
 unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
 von
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
 (Deutscher-Bund).
 Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
 Geschäftsanz. 15 Pf., Familienanz. 10 Pf.
 Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
 Redaktion und Expedition:
 Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
 Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1720.

Nr. 46.

Berlin, Mittwoch, 17. Juni 1908.

Wierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

XIX. internationaler Bergarbeiterkongress. — Vierzehnter Delegiertentag des Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. — 12. Generalversammlung des Gewerkevereins der Tischler. — Ordentliche Generalversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Schuhmacher und Lederarbeiter. — Von der Generalversammlung des Familienverbandes Evangelischer Arbeitervereine Deutschlands in Halle. — Allgemeine Rundschau. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

XIX. internationaler Bergarbeiterkongress.

In der Pfingstwoche tagte in Paris der XIX. internationale Bergarbeiterkongress. Derselbe trug diesmal ein anderes Gepräge als in den letzten Jahren, da aus jedem Lande nur eine Delegation zugelassen wurde. Den Lesern des „Gewerkeverein“ ist sicher einmütlich, daß im vorigen Jahre der österreichische Delegierte Jarolim namens der Oesterreicher in Salzburg einen Antrag einbrachte, wonach Sonderorganisationen von den internationalen Kongressen ausgeschlossen sein sollten. Dieser Antrag wurde seinerzeit an das internationale Komitee überwiesen. Dieses hat nun vor Oern in Brüssel dahin entschieden, daß von jedem Lande nur eine Delegation zugelassen werden soll. Wo in einem Lande mehrere selbständige Organisationen bestehen, haben sich diese über eine gemeinsame Delegation zu verständigen.

Dieser Beschluß war vorauszusetzen, nachdem die englischen Bergarbeiterverbände sich zu einem Verbande zusammengelagert hatten und auch in Frankreich die Einigung bevorstand. Es wurden also nur noch die deutschen Bergarbeiter von diesem Beschlusse berührt. Im vorigen Jahre war außerhalb des alten Verbandes überall die Meinung vertreten, daß der Antrag nur aus dem Grunde eingbracht sei, um den christlichen Gewerkevereine, die Polen und unseren Gewerkeverein der Bergarbeiter von den Kongressen auszuschließen. Das mußte umso mehr angenommen werden, weil der Hauptvorstand des Gewerkevereins der Bergarbeiter schon vor dem Kongresse wußte, daß der Antrag in Salzburg kommen werde. Das Komitee hat nun dem Antrage die Gültigkeit insofern ausgebrochen, als alle Verbände auf dem Kongress vertreten sein können, aber nur als eine Delegation betrachtet werden. Diese Fassung läßt die Möglichkeit zu, daß alle Richtungen auf den Kongressen anwesend sind; prinzipielle Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Organisationsrichtungen einzelner Länder sind dagegen ausgeschlossen. Dies kann nur im Interesse der Sache selbst liegen. Wir sind der Meinung, daß Auseinandersetzungen dieser Art im Innlande selbst gerade genug Zeit und Kräfte in Anspruch nehmen, ohne dazu angetan zu sein, die Bergarbeiter in ihren berechtigten Bestrebungen vorwärts zu bringen. Wohl wissen wir, daß es Fälle geben wird, wo die Delegation, die aus den einzelnen Verbänden zusammengesetzt ist, nicht einheitlich auftreten kann. Diese Fälle wird es aber viel weniger geben als solche, wo eine einheitliche Stellungnahme von vornherein gegeben ist.

Auf Grund des Beschlusses des internationalen Komitees hielten Vertreter des alten Verbandes, der polnischen Berufsvereinigung und unseres Gewerkevereins eine Sitzung ab, in der man sich leicht über den Begriff „gemeinsame Delegation“ verständigte. Der christliche Gewerkeverein hatte zu dieser Sitzung eine Vertretung nicht entsandt und war infolgedessen auf dem Kongresse auch nicht vertreten. Die Gründe hierfür kann man nur vermuten. Stichtätigkeit dürften sie kaum sein. Der Kongress war besetzt von 131 Delegierten. Es hatten entsandt:

	Vertreter	organisierte Bergarbeiter	Bergarbeiter überhaupt
England	75	594 000	711 000
Frankreich	27	40 000	178 000
Belgien	10	41 854	137 899
Deutschland	17	146 000	732 584
Oesterreich	2	37 000	136 241
	131	859 254	1 893 524

Die Amerikaner waren in diesem Jahre nicht vertreten, obgleich eine Delegation gemeldet war. Bei Schluß des Kongresses war ein Grund für ihr Ausbleiben noch nicht bekannt. Von Deutschland waren vertreten: der alte Verband mit 13, die polnische Berufsvereinigung mit 3 und unser Gewerkeverein der Bergarbeiter mit einem Delegierten (Schmidt).

Auf die Erledigung der Tagesordnung soll hier im einzelnen nicht eingegangen werden, da die Tagespreise darüber eingehend berichtet hat. Es waren fast ausschließlich alte bekannte Fragen, die behandelt wurden, und deren Lösung mehr oder minder schon längst von allen Bergarbeitern gefordert wurde, nennleich aus eine recht überflüssige darunter war. Wie verstehen darunter den internationalen Festtag, den die belgischen Kameraden wünschten. Der Antrag wurde dem internationalen Komitee überwiesen, und ein deutscher Delegierter dürfte mit seinem Zwischenruf „internationaler Papierkorb“ das Richtige getroffen haben.

Behandelt wurden: „Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, wozu Anträge von England, Frankreich, Belgien, Deutschland und Oesterreich vorlagen, die alle einmütig eine achtstündige Ein- und Ausfahrt wünschten. Ferner „Minimallohn“, „Regulierung der Produktion“, wobei Otto Hue die Preispolitik des Kohlenhandels eine scharfe aber sachliche Kritik unterzog. Der Antrag wurde dem internationalen Komitee überwiesen, das weiteres Material herbeischaffen und die Frage vorbereiten soll.

Die Anträge zu den Punkten: „Verbesserung der Berggesetze“, „Altersrenten“, „Versicherungsgesetze“, „Arbeiterrepräsentation“ und „Gesetzgebung“ wurden einstimmig angenommen.

Bei dem Punkte „Kinderarbeit“ hatten die Engländer und Franzosen wieder kein Mandat. Der Redner der letzteren vertrat sogar noch den Standpunkt, daß man erst für Erhöhung der Löhne Sorge tragen müsse, dann könnte man auch an die Befreiung der Kinderarbeit denken.

Gegen die „Verstaatlichung“ (Nationalisierung) der Bergwerke stimmten nur die Polen, aber auch diese nur wegen der Polenpolitik der Regierung. Im Prinzip sind auch diese für die Verstaatlichung.

Der Pole, Kamerad Sosinski-Bochum brachte dies in der Diskussion scharf zum Ausdruck, was die teilweise konservativen Engländer zu lebhaften Pfuirufen veranlaßte. Letztere scheinen eine solche Knebelungspolitik überhaupt nur dem Namen nach zu kennen.

Unter allgemeiner Spannung besprach Sosinski auch die Entgeltungsvorlage und den Sprachenparagrafen im Vereinsgesetz, wobei auch der so „verdienstvolle“ Abg. Franz Behrens sein Teil mit abgab. Herr Behrens geht bekanntlich unter den christlichen Bergarbeitern für seine göttliche Taktik bei der Beratung des Vereinsgesetzes Vertrauensvoten sammeln, weil er derjenige gewesen sei, der die Erklärung des Ministers von Bethmann-Hollweg veranlaßt habe, wonach dieser Ausnahmeparagraph nicht angewandt werden soll. Sosinski rüde dieses Verdienst des Herrn Behrens in die richtige Beleuchtung, wobei dieser eigenartige Volksvertreter wirklich herzlich schlecht abschnitt. Es will ihm anscheinend nicht mehr gelingen, und doch — „meint er es so — gut!“

Eine Resolution „für den Frieden, gegen den Krieg“ wurde gegen die Stimmen der Oesterreicher angenommen, die es ablehnten, auf einem Gewerkschaftskongress eine solche Frage zu behandeln. Die Frage der „jährlichen Arbeiterferien“, welche die Belgier wünschten, wurde ebenfalls dem oben genannten Komitee zur Vorbereitung überwiesen.

Im großen und ganzen kann man mit dem Verlauf des Kongresses zufrieden sein. Wenn einzelne Redner den sozialdemokratischen Bogen spannen zu müssen glaubten, so kann das doch keine Veranlassung

sein, der Zusammenkunft fern zu bleiben. Hoffen wir vielmehr, daß sich erfüllt, was der Delegierte Sachse (alter Verband) auf dem Bankett sagte und während der Tagung mehrere Male von anderen wiederholt wurde, — wenn wir nicht irren, auch vom englischen Präsidenten Edwards —, daß recht bald an den Kongressen die Bergarbeiter aller Erdteile teilnehmen möchten! S.

Vierzehnter Delegiertentag des Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter.

(Fortsetzung.)

Der zweite Verhandlungstag, Mittwoch, 10. Juni, begann mit der Beratung über: „Welche Forderungen stellen wir und wie können wir dieselben verwirklichen?“ Generalsekretär Hartmann behandelte zunächst den ersten Abschnitt: „Arbeitsverhältnis und fachliche Ausbildung“. Redner trug eine ganze Menge Tatsachen vor, die darlegten, daß die Arbeiterschaft wohl Fortschritte machte in bezug auf Arbeitslohn und Arbeitszeit, die Verbesserung des Einkommens jedoch meist wieder nach unten ausgefallen wurde durch die Verteuerung aller Warenartikel und die wachsende Unsicherheit der Arbeiterexistenz. Alle Forderungen, die heute von mancher Seite als neu bezeichnet werden, sind bereits von den Gewerkevereinen vertreten worden. Der Gewerkeverein muß neutral bleiben, um einen möglichst breiten Strom von Arbeitern umfassen zu können. Verurteilt wird die an Geheimpolitik erinnernde Schnüffelerei, wonach in anderen Organisationen nachgeforscht wird, welche Zeitung die Mitglieder lesen, welcher Partei sie angehören, in welchen geselligen Vereinen sie verkehren.

Für das Arbeitsverhältnis sind Tarifverträge anzustreben. Die Frage der Minimallohne ist noch nicht ganz geklärt, aber die Verhältnisse zwingen dazu, Minimallohne anzustreben, die eventuelle Schädigung einzelner hat dem Gesamtinteresse der großen Mehrheit gegenüber zurückzutreten. Minimallohne erfordern allerdings entsprechende Leistungen.

Maximalarbeitszeiten sind für die schwere Eisenindustrie und die Feuerbetriebe notwendig, aber auch für eine ganze Reihe anderer Industriezweige kann nur durch gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit Verbesserung herbeigeführt werden.

Die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit weiblicher Arbeiter, besonders der Verheirateten, ist längst als notwendig anerkannt. Der freie Sonnabend ist anzustreben. In Hütten- und Walzwerken muß die Frauenarbeit verboten werden. Die Festsetzung des Arbeitsverhältnisses muß auf dem Boden der bürgerlichen Gleichberechtigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern erfolgen. Zu allen Arbeitervertretungen ist die Verhältniswahl anzustreben. Bei Tarifabschlüssen darf die Koalitionsfreiheit nicht zerstört werden. Erobert kann das alles nur werden auf dem Boden einer partei- und kirchenpolitisch neutralen Arbeiterbewegung.

Der zweite Referent, Delegierter Grothe-Rölln, ergänzte obige Darlegungen in folgender Art: Das Lehrlingswesen, wie es zum großen Teil besteht, ist ein schwerer Mißstand. Diese Behauptung belegt Redner mit einer Anzahl durchschlagender Tatsachen: die untere Verwaltungsbehörde kümmert sich viel zu wenig um solche Mißstände. Das Volksschulwesen und die Fortbildungsschulen entsprechen nicht überall den Anforderungen, die die heutige Produktion an die Geschicklichkeit und das Wissen der Arbeiter stellt. Die Fortbildungsschule muß obligatorisch eingeführt werden für alle Arbeiter und die Schulstunden innerhalb der Arbeitszeit an Wochentagen gelegt werden. Besonders auch für weibliche Arbeiter, Handlungsgehilfen usw. muß bedeutend mehr für die Weiterbildung auf den verschiedensten Gebieten getan werden. Die heutige Veränderung der Verhältnisse gebietet dringend, in Volks- und Fortbildungsschule

diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen, damit das Familienleben und die Stellung von Arbeitern und Arbeiterinnen wieder gefunden kann. Notwendig ist es, daß bei allen Beratungen über diese Weiterbildung vor allen Dingen Arbeiter zugezogen werden, da sie aus eigener Erfahrung diese Verhältnisse am besten kennen.

Nachdem auch die beiden anderen Referenten Musleitner-Berlin und Gleichauf-Berlin ihre Referate gehalten, auf die wir zurückkommen, durchsprach eine gründliche Diskussion, an welcher sich zahlreiche Delegierte und auch der Vertreter des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften beteiligten, die von den Referenten vorgelegten Programmsätze.

Der Verbandstag der Deutschen Gewerkschaften hatte, wie bekannt, ein allgemeines Programm aufgestellt, und gleichzeitig die einzelnen Gewerkschaften ersucht, ihre beruflichen Forderungen besonders zu formulieren. Dies ist nun geschehen. Entsprechend den Referaten Hartmanns und Großes wurden folgende Forderungen betreffend das Arbeiterverhältnis und die sachliche Ausbildung der jungen Leute aufgestellt und gutgeheißen:

Arbeitsverhältnis.

1. Erstreben eines ausreichenden Arbeitslohnes, der dem Arbeiter und seiner Familie eine Existenz gewährleistet, die den gerechten Forderungen des Lebens entspricht. Festsetzung von Minimallohn für die einzelnen Berufe.

2. Fortschreitende Verkürzung der Arbeitszeit, insbesondere Anstreben einer gesetzlich festzulegenden Maximalarbeitszeit, die für Platten- und Walzwerksarbeiter in den Feuerbetrieben nicht über 8 Stunden, für andere Eisen- und Metallarbeiter nicht über 10 Stunden pro Tag betragen soll.

Einschränkung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen auf höchstens 55 Stunden pro Woche mit Freigabe des Sonnabend-Nachmittags. Verbot der Frauenarbeit in Platten- und Walzwerksbetrieben.

3. Festlegung und Vereinbarung aller Arbeitsverhältnisse und Arbeitsordnungen auf dem Boden der Gleichberechtigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern durch Arbeiterausschüsse, die nach dem Verhältniswahlssystem zu wählen sind.

4. Abschluß kollektiver Tarifverträge, wobei streng darauf gehalten werden muß, daß der Gewerkschaftsbereich beteiligt ist.

Sachliche Ausbildung.

1. Regelung des Lehrlingswesens im Sinne einer guten Fachausbildung und Verhinderung einer einseitigen Ausbildung von Lehrlingen.

2. Gesetzliche Einführung des Fortbildungszwanges für Jugendliche beiderlei Geschlechts bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und Erteilung des Unterrichts während der Arbeitszeit an Wochentagen.

3. Förderung des sachlichen und volkswirtschaftlichen Unterrichts in den Fortbildungsschulen. Der Delegiertentag arbeitet in großer Einmütigkeit und darf wohl erwartet werden, daß er einen neuen Strom froher Begeisterung in die Organisation gießt.

(Schluß folgt.)

12. Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins der Tischler.

(Schluß.)

Die Sitzung am Donnerstag wurde ausgefüllt mit Referaten und einer ausgedehnten Debatte über Agitation, Beitragshöhe und die wichtige Frage, ob Einheitsbeitrag oder Staffelleistungsbeiträge. Letztere werden besonders von den Mitgliedern gewünscht, die durch Alter und Invaldität in ihrer Erwerbstätigkeit beschränkt sind und deren Verdienst es kaum ermöglicht, die durch die Zeitverhältnisse bedingten höheren Beiträge zu leisten. Es wurde eine Resolution angenommen, wonach die Generalversammlung sich für den Einheitsbeitrag erklärt. Die Leitung wurde beauftragt, der nächsten Generalversammlung eine ausführliche Vorlage betreffend Staffelleistungsbeiträge zu unterbreiten. Der Beitrag wurde für männliche Mitglieder auf 40, für weibliche Mitglieder auf 20 Pfg. festgesetzt. Ferner wurde beschlossen, den alten invaliden Mitgliedern gegen einen Wochenbeitrag von 20 Pfg. die Möglichkeit zu geben, sich ihr Begräbnisgeld zu sichern. Der Name Generalrat wird in Hauptvorstand umgewandelt. Die angestellten Bezirksbeamten werden zur Generalversammlung mit beratender Stimme hinzugezogen, soweit sie nicht als Delegierte gewählt sind. In Zukunft haben auch die Bezirkskonferenzen das Recht, Anträge an die Generalversammlung zu stellen. Abstimmungen können nach den örtlichen Verhältnissen auch in Bezirks- oder Werkstättenversammlungen vorgenommen werden. Bei Streik, Aussperrung und Wahregelung werden auch in Zukunft die Feiertage mitbehalten.

Bezirksleiter Bleicher hielt dann ein Referat über Tarifgemeinschaften. Derselbe behandelte das Thema in ausführlicher Weise und schilderte den

Entwicklungsgang des Tarifvertragswesens und den jetzigen Stand desselben in der Holzindustrie. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die 12. ordentliche Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins der Deutschen Tischler (S.-D.) steht nach wie vor auf dem von den Deutschen Gewerkschaften seit nahezu 40 Jahren vertretenen Grundsatze, daß eine geordnete Entwicklung der Arbeitsverhältnisse in der Holzindustrie in friedlicher Verhandlung zwischen Unternehmer und Arbeiter, durch den Abschluß von Tarifverträgen zu erreichen ist.

Die Generalversammlung bekräftigt die in den letzten Jahren in der Holzindustrie vor sich gegangene Entwicklung, und erblickt darin die Verwirklichung der von dem Gewerkschaftsverein seit seiner Gründung vertretenen Grundsätze.

Der Tarifvertrag kann jedoch nur dann von Wert sein, wenn bei beiden Kontrahenten, den Unternehmern und Arbeitern, der unbesiegbare Wille vorhanden ist, den Vertrag auch zu halten. Außerdem erblickt die Generalversammlung in den Tarifverträgen ein wirksames Mittel, die schärfsten Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu mildern.

Dem Abschluß eines Reichstarifvertrages steht die Generalversammlung sympathisch gegenüber, ist jedoch der Ansicht, daß noch keine genügende Klärung dieser Materie vorhanden ist, um die genügende Sicherheit für die Arbeiterchaft in der Holzindustrie zu bieten. Als selbstverständlich betrachtet es die Generalversammlung, daß zu den Verhandlungen bei Tarifabschlüssen auch Minoritäten zugezogen und als gleichberechtigt anerkannt werden. Die Generalversammlung fordert Generalrat und Mitglieder auf, mit aller Energie für die Verwirklichung dieses Endzieles zu wirken.

Um dies zu erreichen, erachtet die Generalversammlung es als eine Grundbedingung, daß eine stark organisierte Arbeiterchaft vorhanden ist, welche allein eine Gewähr für die richtige Durchführung und Einhaltung der Tarife bietet. Sie fordert daher alle unorganisierten Holzarbeiter auf, sich unverzüglich dem Gewerkschaftsverein (S.-D.) anzuschließen. Ebenso legt die Generalversammlung den Mitgliedern aller Ortsvereine in Aussicht auf die vorerwähnte Entwicklung, die Verpflichtung auf, mit aller Kraft für die Stärkung unserer Organisation einzutreten, um für alle Eventualitäten gerüst zu sein.

Hierauf wurde die Statutenberatung fortgesetzt und folgendes beschlossen: Die Mahregelungsunterstützung beträgt in Zukunft nicht unter 3 Mk., Arbeitslosenunterstützung wird stufenweise bezahlt. Die Buch- und Klassenführung wird vereinfacht, die diesbezügliche Vorlage des Hauptkassierers einstimmig angenommen.

In die Hauptleitung wurden gewählt: Schumacher als Vorsitzender, Bleicher als Redakteur, Wolf-Larnowitsch als Sekretär, Zieme als Hauptkassierer. Die beiden Bezirksleiter Renner und Proczkowski wurden wiedergewählt. Für Süddeutschland soll die Stelle des Bezirksleiters in der „Eiche“ ausgeschrieben werden. Als Hauptvorstandsmitglieder wurden ferner gewählt: Rüst als 2. Vorsitzender und als Beisitzer: Wilhelm, Fensler, Krämer, Danowski, Grenz-Spandau, Grunski-Steigly, als Ersatzmänner: Giese, Koch, Döblin, Malachowski, Böhlde, Krause und Henke. Im Anschluß daran fand die Wahl der auswärtigen Vorstandsmitglieder, Zentralratsvertreter und deren Stellvertreter statt.

Nachdem in die Statutenberatung wieder eingetreten, wurde weiter beschlossen: Bei Arbeitslosigkeit, Streik und Aussperrung werden die Gewerkschaftsbeiträge frei abgestempelt.

Das Referat über das Vereinsorgan die „Eiche“ erstattete Schumacher. Die Einnahmen sind in erfreulicher Weise gestiegen. Es wird beschlossen, den amtlichen Teil der „Eiche“ einzuschränken und den Versammlungskalender vom 1. Januar 09 nicht mehr zu veröffentlichen.

Unter allgemeinen Anträgen und Bescheiden wurde beschlossen, der im Verband der Deutschen Gewerkschaften bestehenden Ruhegehalts- und Witwenkasse beizutreten. Die Bureau- und Bezirksbeamten zahlen die Hälfte der Beiträge selbst. Es erfolgt die Wahl von 5 Mitgliedern zu einer Bescheidkommission mit dem Sitz in Düsseldorf. Die Preßkommission zu bestimmen, wird dem Ortsverein Berlin übertragen; der Sitz des Bezirksleiters in Schlesien ist vom 1. Oktober 08 in Breslau. Die Erhöhung der Beiträge tritt mit der 31. Woche (1. August) in Kraft. Der nächste Delegiertentag findet wieder in Berlin statt.

Nachdem sodann der neu gewählte Vorsitzende Schumacher, Verbandskassierer Klein und Abgeordneter Barnholt noch beziehenswerte Worte an die Abgeordneten gerichtet hatten, schloß der Vorsitzende den Delegiertentag mit einem Hoch auf den Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter.

Gleichzeitig mit dem Delegiertentag fanden auch die Generalversammlungen der Krankenzuschuß- und der Begräbniskasse statt. Betreffs der Krankenzuschußkasse wurde beschlossen, die Altersgrenze in der ersten Stufe auf 50, in den weiteren Stufen auf 45 Jahre zu erhöhen; weibliche und männliche Mitglieder werden in den beiden ersten Stufen ohne ärztliche Untersuchung aufgenommen. Dem Gewerkschaftsverein nicht angehörende Mitglieder zahlen um 25% erhöhte Beiträge und können auch der Hauptkasse

überwiesen werden. Die ärztliche Unterschrift genügt am Anfang und Ende der Krankheit.

Bezüglich der Begräbniskasse fand ein von Stettin gestellter Antrag auf Erhöhung des Begräbnisgeldes mit einigen Änderungen Annahme. Ebenso wurde beschlossen, die Aufnahme sämtlicher Mitglieder durch den Vorstand vollziehen zu lassen.

Ordentliche Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins der Deutschen Schuhmacher und Lederarbeiter.

(Schluß.)

Zu lebhaften Auseinandersetzungen führten die Anträge über die Höhe der Wochenbeiträge. Durch die Annahme eines Antrages auf Einführung einer 35 Pfg.-Stufe soll die finanzielle Lage des Gewerkschaftsvereins gebessert werden. Dabei wird für die alten Mitglieder die 10 Pfg.-Stufe beibehalten. Neue Mitglieder finden jedoch in diese Stufe keine Aufnahme. Eine wichtige Neufestimmung ist die Zahlung einer Mahregelungsunterstützung auch für diejenigen, die als Vertrauensmänner in den Betrieben tätig sind. Die Reiseunterstützung soll für die Zukunft von der Umzugsbeihilfe nicht mehr in Abzug kommen.

Das Vereinsorgan „Der Lederarbeiter“ erscheint vom 1. Januar 1909 ab wöchentlich vierseitig im Format der „Eiche“. Die dazu erforderlichen Vorarbeiten sind dem Hauptvorstande übertragen. Außerdem wird eine besondere Preßkommission gewählt, der jeder vom Redakteur zurückgewiesene Artikel vorzulegen ist.

Das sehr eingehende Referat des Agitationsleiters Hüttig über Agitation gab einen Lebensblick über die Bewegungen, an denen der Gewerkschaftsverein in der vergangenen Periode beteiligt war, aber auch ein buntes Bild von der gehässigen Kampfesart der Gegner und der Schwierigkeit der Kämpfe. Es klang aus in die Mahnung, unermüdet für die Gewinnung neuer Mitglieder zu sorgen und überall darauf bedacht zu sein, das Vertrauensmännerntum auszubauen bzw. einzuführen. Auch diesem Berichte folgte eine rege Aussprache. Beschlüsse wurde, die Bezirks- und unbesoldeten Bezirksleiter beizubehalten. Ferner soll wieder ein besoldeter Agitationsleiter angestellt werden, der gleichzeitig das Amt des Hauptvorstehenden bekleidet. Für Mitteldeutschland wird mit dem Sitz in Weisensefeld ebenfalls ein Agitationsbeamter angestellt. Die Kosten dafür bringen die Ortsvereine von Weisensefeld und Umgebung zu drei Fünfteln auf; den Rest von zwei Fünfteln trägt die Hauptkasse. Auch den übrigen Vereinen wird das Recht, Lokalbeamte anzustellen, gegeben, wenn sie drei Fünftel der Kosten aufzubringen imstande sind. Beschlüsse wurde weiter, die aus anderen Organisationen übertretenden Berufslogen mit vollen Rechten in den Gewerkschaftsverein aufzunehmen.

Die Generalversammlungen sollen für die Zukunft stets in Berlin abgehalten werden. Erkrankt oder stirbt ein Delegierter, so wird derjenige, der die nächst höhere Stimmzahl bei der Wahl erreicht hat, zur Generalversammlung berufen.

Dem Antrage des Zentralrats entsprechend wird zu der Pensionskasse der Gewerkschaftsbeamten die Hälfte der Beiträge aus der Gewerkschaftskasse gezahlt. Ein Antrag, für ein in Stuttgart zu errichtendes Arbeitersekretariat jährlich einen größeren Beitrag aus der Gewerkschaftskasse zu zahlen, wird dem Hauptvorstande zur Prüfung überwiesen.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildeten die Wahlen. Zum Hauptvorstehenden und damit zugleich zum Agitationsleiter wurde Sturm-Wachen neu, zum Hauptkassierer Hüttig und zum Hauptsekretär und Redakteur Winter wiedergewählt, letzterer einstimmig per Akklamation. Stellvertreter des Vorstehers wurde Stumann-Berlin, Beisitzer im Hauptvorstand: Müller, Weigt, Busse, Schäfer und Hantsch. Die Ersatzmänner für den Hauptvorstand sind: Döring, Böcker, Hinkeldey, Wache, Wolf, Brillwitz, Jerosch, Neumann und Weigt. In die Revisionskommission wurden gewählt: Scharff, Piechert und Legeneder, zu ihren Ersatzmännern: Soy, Wagner und Kern. Die Preßkommission besteht aus den Kollegen Hinkeldey, Döring und Jerosch. Zu auswärtigen Hauptvorstandsmitgliedern wurden gewählt: Wiesner-Hagen, Falk-Solop, Koch-Weisensefeld, Hambsch, Köhwein, Bittner-Haynau, Geyer-Weisensefeld, Gloger-Neuhaldensleben, Nickel, Wiberach und Schmalz-Weisensefeld. Im Zentralrat wird der Gewerkschaftsverein vertreten sein durch den Vorstehenden Sturm, sein Vertreter ist der Hauptkassierer Hüttig. Zu Verbandsstabsabgeordneten wurden gewählt Geyer-Weisensefeld und Stumann-Berlin.

Nach Erledigung der Tagesordnung am Sonnabend nachmittag richtete noch einmal der Zentralratsvertreter, Kollege Lewin, eine dringende Mahnung an die Anwesenden, nun auch für Durchführung der Beschlüsse zu sorgen, die sicherlich dem Gewerkschaftsverein zum Segen gereichen würden, worauf der Vorsitzende Geyer die Generalversammlung mit einem begeisterten

aufgenommenen Hoch auf den Gewerkeverein der Deutschen Schuhmacher und Lederarbeiter und den Verband der Deutschen Gewerkevereine schloß.

Die Generalversammlung der Krankenkasse nahm nur kurze Zeit in Anspruch. Nachdem einstimmig beschlossen worden war, eine Gefahrenklasse mit höheren Beiträgen einzuführen, um die dauernd schlecht wirtschaftenden Ortsverwaltungen stärker heranzuziehen, wurden die Anträge des Hauptvorstandes en bloc angenommen und alle übrigen für erledigt erklärt. Der für den Gewerkeverein gewählte Hauptvorstand wurde auch für die Krankenkasse gewählt.

Von der Generalversammlung des Gesamtverbandes Evangelischer Arbeitervereine Deutschlands in Halle.

Die 18. Generalversammlung fand unter starker Beteiligung statt. Zwei sehr wichtige Referate: Arbeiter und Kolonialpolitik vom Reichstagsabg. Dr. Stresemann und Arbeitersekretär Wallbaum und Das Kartellwesen vom Sekretär des Rhein-Westf. Verbandes, Martin, bildeten die Hauptpunkte der Tagesordnung.

Bei der Besprechung des Geschäftsberichts, der vom Vorsitzenden Lic. Weber-M. Gladbach erstattet wurde, kam auch das Verhältnis der evangelischen Arbeitervereine zu den übrigen nichtsozialdemokratischen Arbeitervereinigungen zur Sprache. Darüber, daß von Herrn Lic. Weber betont worden war, daß die Beziehungen sowohl zu den Deutschen Gewerkevereinen wie auch zu den christlichen Gewerkschaften durchaus freundliche seien, und den Mitgliedern nach wie vor der Eintritt nicht nur in die christlichen Gewerkschaften, sondern auch in die Hirsch-Duncker'schen Gewerkevereine empfohlen werden müsse, sowie daß der Verband der Deutschen Gewerkevereine ein Begrüßungsschreiben an den Delegiertentag geschickt und den Kollegen Münz beauftragt hatte, den Verband dort gütlich zu vertreten, regten sich einige christliche Gewerkschaftssekretäre mächtig auf.

Klassenbeul, der „angehende Dogmatiker“ der christlichen Gewerkschaftslehre, legte seine Stirn in Falten, schüttelte sein Köpchen und meldete sich mit dröhnender Stimme zur Geschäftsordnung, um Rücksicht über das unerhörte Vorgehen des Hirsch-Duncker'schen Zentralrats zu verlangen und sich ferner zu beschweren, warum der Gesamtverband christlicher Gewerkschaften nicht eingeladen sei. Auch Buchhändler Rippel-Hagen wettete auf den „Generalrat der Hirsche“. Sogar der Reichstagsabg. Behrens erlaubte sich, von „ungebetenen Ausdrängen“ zu reden und meinte, die Hirsche wollten mit dieser Vertretung nach außen hin prahlen usw. Allgemeine Zarufe wie: „Pui“, „Gemeinheit“ belehrten ihn, daß die Tagung keine christliche Gewerkschaftsversammlung sei. Herr Lic. Weber bedauerte lebhaft diese unerhörten Vorgänge und wies die Worte: „Ungebetene Ausdränge“ energisch zurück. Er begrüßte unseren Kollegen Münz aufs herzlichste und die Verhandlungen nahmen ihren Fortgang. Herr Behrens hatte in der Diskussion auch die Weltanschauungsfrage berührt und behauptet, daß diese in interkonfessionellen Gewerkschaften gelöst werden könne. Hier fand Herr Lic. Weber das rechte Wort, wofür ihm alle wahren Freunde einer besonnenen Arbeiterbewegung dankbar sein werden, indem er erklärte: „Die Weltanschauungsfrage kann nur in konfessionellen Arbeitervereinen gelöst werden. Also nehmen wir die Weltanschauung für uns in Anspruch!“ Unser Kollege Sauer-Leipzig, der als Delegierter des Sächsischen Landesverbandes — dieser Verband war mit 14 Delegierten vertreten — teilnahm, erklärte: Neben seiner Mitgliedschaft im evangelischen Arbeiterverein gehöre er auch einer gewerkschaftlichen Berufsorganisation und zwar den Deutschen Gewerkevereinen (Hirsch-Duncker) an. Für die trefflichen Ausführungen des Herrn Lic. Weber, daß an dem alten Standpunkt der Empfehlung beider Organisationen festgehalten würde, sprach er seinen Dank aus. Auch in der Frage der Weltanschauung sei ein erlösendes Wort gesprochen. Die Angriffe auf die Deutschen Gewerkevereine von Seiten Klassenbeuls, Rippels und Behrens wies er entschieden zurück, lehnte es aber ab, darauf einzugehen. Die evangelischen Arbeitervereine seien kein Sammelpfad zur Austragung gewerkschaftlicher Meinungsverschiedenheiten. Das könne in gewerkschaftlichen Versammlungen erledigt werden.

Im Laufe der Verhandlungen ergriß auch Kollege Münz das Wort. Er entledigte sich seiner Aufgabe in geschickter, vornehmer Weise und wünschte den Verhandlungen den besten Erfolg.

Die Referate der Herren Dr. Stresemann und Wallbaum über Arbeiter und Kolonialpolitik, ebenso auch das vom Generalsekretär Martin erstattete Referat über „Das Kartellwesen“ wurden mit großem Beifall in zunehmendem Sinne entgegengenommen. Bei der Wahl eines Mitgliedes in den geschäftsführenden Ausschuss des Gesamtverbandes entfielen

auf den Vorsitzenden des Leipziger Vereins, Herrn Schwede, 51 Stimmen, Herrn Generalsekretär Martin-Witten 32 Stimmen.

Gegen die Begründung väterländischer Arbeitervereine wurde eine scharfe Resolution angenommen.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 16. Juni 1908.

Durch den überaus starken Stoffandrang, den die stattgehabten Delegiertentage verursacht haben, mußte ein Teil der eingegangenen Berichte und Aufsätze zurückgestellt werden. Die Einsender wollen freundlichst darauf Rücksicht nehmen. Die Veröffentlichung erfolgt in einer der nächsten Nummern, sowie der Raum des Verbandsorgans es gestattet.

Die große Versammlung der Berliner Gewerkevereiner, welche am heutigen Mittwoch, abends 8 Uhr, im großen Saale des Verbandshauses, Greifswalderstraße 221/23 stattfindet, sei allen Verbandsmitgliedern und Genossen von Berlin und Umgegend hiermit nochmals in Erinnerung gebracht. Der Verbandsvorsitzende, Kollege Karl Goldschmidt, spricht über: „Die Gewerkevereine und die Kartellpolitik“. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung wird um recht zahlreiches Erscheinen erlucht. Besonders aber sei nochmals darauf hingewiesen, daß nur Mitglieder Zutritt haben und als Legitimation daher das Quittungsbuch mitzubringen ist.

Einem unerhörten Eingriff in das Koalitionsrecht der technischen und kaufmännischen Angestellten bedeutet folgendes Rundschreiben, das der Verband Bayerischer Metallindustrieller an seine Mitglieder verfaßt hat:

Rürnberg, den 8. Juni 1908.

Sehr verehrliche Mitglieder des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller! Der Vorstand des Verbandes hat in seiner Sitzung vom 21. Mai 1908 folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Es wird gegenüber den Bestrebungen des Bundes technischer industrieller Beamter Stellung in der Art genommen, daß nach Möglichkeit auf Regulierung der in den einzelnen Werken beschäftigten Mitglieder hingewirkt wird, insbesondere sind bei Neuaufnahmen Erkundigungen nach der Angehörigkeit zu diesem Bunde anzustellen und haben Neuaufnahmen für diesen Fall zu unterbleiben. Ferner wird ein Antrag an den Gesamtverband deutscher Metallindustrieller gestellt, in die Beratung gemeinsamer Maßregeln mit tunlichster Beschleunigung einzutreten und schon jetzt seinen Mitgliedern die gleiche Stellungnahme, wie oben bezeichnet, zu empfehlen. In dieser Richtung ist auch auf den Verein Deutscher Arbeitgeberverbände einzuwirken.
2. Die gleiche Stellungnahme soll gegenüber nachstehenden kaufmännischen Organisationen eingenommen werden:
 - Deutsch-nationaler Handlungsgehilfenverband Hamburg, 1888er Verein für Handlungs-Kommis Hamburg, Verein Deutscher Kaufleute Berlin und Verband Deutscher Handlungsgehilfen Leipzig.

Bei diesen Verbänden aber soll möglichst jetzt schon eine Ausmerzung der Mitglieder aus den Beamten der einzelnen Werke angestrebt werden. Die Gründe, welche den Vorstand veranlaßten, in dieser Weise gegen die Organisationen der Angestellten Stellung zu nehmen, ergeben sich aus dem anliegenden Schreiben. Aus den Verhandlungen erlauben wir uns noch anzuführen, daß in der Sitzung festgestellt wurde, daß mit diesen Anträgen der Verband in erster Linie seine Stellung zu den Organisationen der Angestellten dokumentieren wolle, daß aber ein ausgeprägter Zwang auf die Mitglieder nicht ausgeübt werden soll. Es wurde aber der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Mitglieder in ihren eigenen Interessen im Sinne des Antrages vorgehen werden!

Hochachtungsvoll!
Verband Bayerischer Metallindustrieller.
Die Geschäftsstelle.
König,
Rechtsanwalt.

Nun, wir hoffen, daß die Mitglieder des Verbandes eine andere Auffassung von ihren eigenen Interessen“ haben als der Vorstand. Wie sie aber auch denken mögen, das eine zeigt dieses Zirkular jedenfalls mit aller Deutlichkeit, daß die technischen und kaufmännischen Angestellten unter demselben Druck zu leiden haben, wie die Arbeiter. Arbeiterbewegung und Handlungsgehilfenbewegung sind dieselben Begriffe, und diejenigen Handlungsgehilfen, die aus verkehrtem Standesdünkel verächtlich auf die Organisation herabsehen, verkennen die tatsächlichen Verhältnisse und verflüßigen sich an sich selbst und ihren Standesgenossen. Arbeiter und Handlungsgehilfen haben Schulter

an Schulter zu kämpfen. Diese Erkenntnis in immer weitere Kreise hineintragen, muß die unablässigste Wirkung des obigen Anschreibens sein.

Uebrigens hat die Leitung des Vereins der Deutschen Kaufleute zu der Angelegenheit bereits Stellung genommen. Es wird auf das Entschiedenste Verwahrung dagegen eingelegt, als liege es in der Tendenz des Vereins, die Fabrikangestellten den Arbeitgebern zu entfremden. Dazu tragen Maßnahmen, wie sie der Verband bayerischer Metallindustrieller plant, leider in stärkstem Maße bei. Obenwienig trifft die Beschuldigung zu, als gehe der Verein darauf aus, das Niveau der kaufmännischen Angestellten herabzudrücken, vielmehr wird der Verein gerade deshalb den Kampf, der vom Verband der bayerischen Metallindustriellen gegen das Koalitionsrecht seiner kaufmännischen und technischen Beamten geführt wird, mit allem Nachdruck zurückweisen. Es ist im Prinzip beschlossen, für alle Ausgesperrten die Stellenlosen-Unterstützung erheblich zu erhöhen. Schon jetzt steht den Mitglieder bis zu 93 Mt. monatlich Stellenlosen-Unterstützung zu und wird also das „Ausmergen“ für die Mitglieder des Vereins keine Schrecken haben. Der Verein gibt aber der Erwartung Ausdruck, daß die einmütige Beurteilung des Vorgehens der bayerischen Metallindustriellen durch die gesamte Presse, die besonnenen Prinzipale bestimmen wird, dafür zu sorgen, daß es gar nicht zu dem angebrohten Kampfe kommt. Es darf doch nicht übersehen werden, daß ein solcher Kampf unheilvolle Folgen zeitigt, die nicht zum Besten von Handel und Industrie wirken würden.

Einem glänzenden Erfolg haben die Gewerkevereiner bei den Gewerbeberechtigtenwahlen in Weidert erzielt. Wie wir bereits mitgeteilt haben, hatten es die christlichen Gewerkschaften abgesehen, gemeinsam mit uns vorzugehen, weil wir nicht auf „christlich-nationalem“ Boden ständen. Daraus schloffen die evangelischen Arbeitervereine mit uns ein Kartell. Bei der am 11. d. M. stattgefundenen Wahl entfielen auf die Liste der Gewerkevereine (H.-D.) und evangelischen Arbeitervereine 1348, auf die Liste der christlichen Gewerkschaften und katholischen Arbeitervereine 815 und auf die sozialdemokratische Liste 375 Stimmen. Erster erhalten demnach 3 Weisiger, die Christlichen 2, und die „Genossen“ gehen leer aus. Hoffentlich ist dieser glänzende Erfolg unserer Verbandsmitglieder ein Ansporn, nun noch energischer für unsere gute Sache zu wirken und zu werden.

Arbeiterbewegung. In Brockwitz bei Meissen sind die Glasarbeiter in den Ausstand getreten, weil ihnen 5 Prozent vom Lohn für Bruch in Abzug gebracht wurden. Das Versprechen des Unternehmers, den entlassenen Lohnausfall durch eine Erhöhung der Löhne auszugleichen, wurde nicht eingelöst, weshalb der Streik unvermeidlich wurde. Ueber die Glasfabrik von Siemens in Dresden, wo bisher Versuche zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen erfolglos blieben, ist die Sperrverhandlung worden. Die Kanalarbeiter in Zerbst konnten durch eine kurze Arbeitsniederlegung ihre Arbeitsbedingungen verbessern. — In Rostock, wo die Maurer, Zimmerleute und Bauarbeiter in den Ausstand getreten waren, ist die Arbeit von diesen wieder aufgenommen worden, ohne daß irgend welche Erfolge erzielt wurden.

In Toulon sind infolge von Lohnstreitigkeiten die Dockarbeiter in den Ausstand getreten, wodurch mehrere Schiffe an der Ausfahrt behindert wurden.

Auf der Delegierterversammlung der Evangelischen Arbeitervereine in Halle reimpelte ein christlicher Gewerkschaftssekretär unseren Kollegen Sauer-Leipzig wegen der schon des öfteren zurückgewiesenen Bitte an, daß Sauer vor diesen Jahren eine Ausmerzung getan haben soll: Wo die Christlichen sind, sind auch die Pfaffen, wo die Pfaffen sind, ist der Teufel. Sauer hat auch hier vor verammelter Mannschaft den Erfinder dieser Lüge vor einem gemeinen, erschollen Verleumder genannt. Diese Bezeichnung gilt auch für alle diejenigen, die diese Lüge weiterverbreiten. Ob sich das nun verschiedene christliche Gewerkschaftssekretäre merken werden?

Die Finanzen des Reiches und der deutschen Bundesstaaten werden in dem sechsten erschienenen Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches in folgender Weise geschildert:

Insgesamt betragen die Staatsausgaben nach den Vorschlägen der Bundesstaaten 4986 Millionen Mark (darunter 158 außerordentliche), für Reich und Bundesstaaten 7746 Millionen Mark (darunter 415 außerordentliche). Die Staatseinnahmen belaufen sich bei den Bundesstaaten auf 4967 Millionen Mark, bei Reich und Bundesstaaten auf 7727 Millionen Mark; davon sind außerordentliche Einnahmen (aus Grundbesitz, Anleihen und sonstigen Staatsfonds) 142 bzw. 400 Millionen Mark.

Unter den ordentlichen Ausgaben und Einnahmen der Bundesstaaten stehen die Erwerbssteuern mit 2441 Mill. Mark in Ausgabe und 8355 Millionen Mark in Einnahme

an erster Stelle. Der Hauptanteil hiervon entfällt auf die Staatsbahnen mit 1790 bzw. 2483 Millionen Mark in Ausgabe und Einnahme. Der Rest verteilt sich auf die Domänen, Forsten, Bergwerke, die Staatsdampfschiffahrt, Post, Telegraph und die sonstigen Staatsbetriebe. Die wichtigste Einnahmequelle bilden die Steuern. An Zölle, Aufwand- und Verkehrssteuern erhebt das Reich 1831, die Bundesstaaten 185 Millionen Mark, letztere außerdem an direkten Steuern 584 Millionen Mark.

Zahlenmäßige Nachweise über das Staatsvermögen der einzelnen Bundesstaaten konnten nur in Beschränkung auf wichtige Bestandteile erbracht werden. Neben Hebersteuern: früherer Rechnungsjahre, verfügbarem Staatskapitalvermögen usw. besitzen die Bundesstaaten an Domänen ein Areal von 758 454 Hektar, an Forsten 4 985 663 Hektar. Die Staatsbahnen repräsentieren eine Länge von 51 141 Kilometern und ein Anlagekapital von 14 110 Millionen Mark. Die fundierten Staatsschulden betragen sich zu Beginn des Rechnungsjahres 1907 für die Bundesstaaten auf 12 887, für das Reich auf 3644 Millionen Mark, die schwebenden Schulden betragen insgesamt 233 Millionen Mark, sie entfallen in der Hauptsache auf das Reich (160) und Hamburg (51 Millionen Mark).

Der Verband Schweizerischer Konsumvereine, der im Jahre 1890 gegründet worden ist, hat auch im Jahre 1907 anerkanntswürdige Fortschritte zu verzeichnen. Es stieg die Zahl der Verbände von 237 auf 259, die Zahl der berichtenden Vereine von 229 auf 242, die Zahl der Mitglieder von 152 494 auf 171 603, die Zahl der Läden von 726 auf 794, die Zahl der Gemeinden mit Läden von 342 auf 401, die Zahl der Angestellten von 2444 auf 2833, die Umsätze von 49 354 105 Mark auf 55 677 341 Mark, der Gesamtüberschuß von 4 564 786 Mark auf 4 797 582 Mark, der Betrag der Rückergaltungen von 3 603 778 Mark auf 4 059 846 Mark, das Genossenschaftsvermögen (Reserve- und andere Fonds) von 3 778 081 Mark auf 4 035 234 Mark. Die eingezahlten Geschäftsanteile sind von 2 078 991 Mark auf 2 028 389 Mark zurückgegangen. Der Durchschnittsumsatz pro Verein stieg von 215 520 Mark auf 227 254 Mark, der Durchschnittsumsatz pro Laden von 69 981 Mark auf 70 122 Mark, der Durchschnittsumsatz pro Mitglied von 323,59 Mark auf 324,45 Mark und die durchschnittliche Rückergütung pro Mitglied von 23,63 Mark auf 23,66 Mark.

Von den Vereinen besitzen 59 eigene Bäckereien und 27 befassen sich mit der Vermittlung von Milch.

Ferner haben 94 Vereine ständige Verwalter angestellt; 140 besitzen eigene Grundstücke mit insgesamt 769 Wohnungen, 126 haben die Verzählung durchgeführt, 44 beschränken den Geschäftsverkehr nur auf Mitglieder, 81 besitzen Sparkassen. An Steuern und Patentgebühren hatten die Konsumvereine 215 200 Mark zu entrichten.

Die Zentralstelle, die Großeinkaufsgesellschaft der Schweizerischen Konsumvereine, setzte im Jahre 1907 für 11 483 848 Mark Waren um, gegenüber 8 518 769 Mark im Jahre vorher. Sie beschäftigt jetzt 138 Personen und stand mit 284 Vereinen in Verbindung. Der Nettoüberschuß beträgt 109 328 Mark gegen 77 125 Mark im Vorjahre. Abschreibungen sind in Höhe von 50 178 Mark vorgefahren. Mit der Zuweisung von 32 000 Mark an die Reserven erreicht das Verbandsvermögen den Betrag von 208 000 Mark. Das Verbandskapital setzt sich aus 58 080 Mark Genossenschaftskapital, 138 800 Mark Garantiekapital und 186 000 Mark Verbandsvermögen zusammen. Die erfreuliche Entwicklung, die aus den angeführten Zahlen spricht, legt ein berechtigt Zeugnis davon ab, daß die Schweizerischen Konsumvereine sich ihrer Zusammengehörigkeit bewußt und überzeugt sind, daß im gemeinsamen Zusammenwirken die Sicherung weiterer Erfolge liegt.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften, NO., Greifswalderstraße 221/223. Die Sitzung am 17. Juni fällt wegen der Versammlung im großen Saale, für den vollständiges Erscheinen geboten ist, aus. — **Gewerkschaften-Liebertafel (S.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Redungsfunde im Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften (Früherer Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonabend, 20. Juni.** Maschinenbau- und Metallarbeiter IV. Abends 8 1/2 Uhr bei Freiher, Seltowersstr. 3. Protokoll, Monatsbericht, Lokalfonds, Bericht vom Delegiertentag. Wertstoffangelegenheiten. Verschickenes. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Verbandshaus, Greifswalderstraße 221-223. Bericht vom Delegiertentag. Wahl eines Schiedsgerichts. Regulatorporto u. a. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung, Stettiner-

straße 50. Wahl eines Schiedsgerichts. Regulatorporto. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XII.** Abends 8 1/2 Uhr, Brunnenstr. 143 bei Oswald Berliner. Bericht über den Delegiertentag. Kohlenbestellungen. — **Fabrik- und Handarbeiter III.** Ab. 8 1/2 Uhr, Altmärkischer Hof, Embenerstr. 51. L.-O.: „Die bevorstehende Generalversammlung“. Referent: Kollege Schoeps. Diskussion. Vereinsangelegenheiten. — **Mittwoch, 24. Juni.** Maschinenbau- und Metallarbeiter IX u. XII. Ab. 8 Uhr Vortragabend bei Lehmann, Brunnenstr. 119.

Maschinenbau- und Metallarbeiter Wilhelmshafen bei Berlin. Sonnabend, 20. Juni. Ab. 8 1/2 Uhr Versammlung, Gelbeißstr. 5. Vortrag des Kollegen Gleichauf sowie Beratung über den Medizinalverband. —

Orts- und Medizinalverbände.

Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 8. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wilsch, Schulte-Mattler, Diskussionsrunde. — **Hachen (Diskussionsklub).** Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Diskussionsabend bei Leuchter, Ecke Hanfemannplatz und Jülicherstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Wollstraße, Diskussionsrunde. — **Spandau (Diskussionsklub der Deutschen Gewerkschaften, S.-D.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — **Selmsrieden (Sängerkorps der Deutschen Gewerkschaften).** Jeden Sonnabend, abds. 9 Uhr, Probe, im Vereinslokal Pieper (früher Ellerich), Schaller- und Florstraßen-Ecke. Gäste herzlich willkommen. — **Dresden (Diskussionsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbrunn, Weber-gasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg a. H. (Diskussionsklub).** Die Sitzungen finden jeden 1. und 8. Freitag im Monat, ab. 8 1/2 Uhr, statt. — **Sagen u. Umg. (Diskussionsklub).** Jetzt jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstraßen-Ecke. — **Hachen (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertreterversammlung in Hachen, Restaurant „Zur Post“, Jülicherstraße 72. — **Köln (Diskussionsklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Vater Kolping“, Eifergasse. — **Cottbus (Diskussionsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Robel, Berlinerstr. 120. — **Hamburg (Diskussionsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Diskussionsklub bei Hofenamp, Friedrich Wilhelmstr. 16. — **Hannover und Umgebung (Ortsverband).** Sonntag, 21. Juni, morgens 9 Uhr, Ausflugsführung in „Königsworth“ mit Singzuehung der Arbeitskommission.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Kranken- und Begräbniskasse des Gewerkschafts der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter (Eingef. Nr. 2).
Hierdurch berufen wir die zehnte ordentliche Generalversammlung der Kranken- und Begräbniskasse des Gewerkschafts der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter auf den 27. August cr. und die folgenden Tage nach Halle a./S. ein.
Burg, den 12. Juni 1908.

Vorstand
der Kranken- und Begräbniskasse (E. G. Nr. 2) des Gewerkschafts der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter.
C. Haupt, C. Gahn, F. Raab,
Vorsteher, Hauptgeschäftsführer Hauptkassierer.

Zur Feier
des
40 jährigen Bestehens der deutschen
:: :: :: :: **Gewerksvereine** :: :: :: ::
empfehlen wir den Ortsvereinen und Ortsverbänden zur Anschaffung:
das lebenswahre Bild unseres verstorbenen Anwalts
Dr. W. Girsh,
künstlerisch ausgeführte Photographie (Aufnahme aus den letzten Lebenstagen) im Karton 46x58 cm groß, zum Preise von
15 Mk. portofrei.
Ferner empfehlen wir die vom Bildhauer Dorn nach dem Leben modellierte **Büste des Verbandsanwalts** zum Preise von **9 Mk.** für Berlin, und für auswärts mit bahnfertiger Kistenverpackung
12 Mk., ohne Stadtkosten.
Zum **Wohnungsschmuck** für Verbandsangehörigen sind noch vorrätig Bilder des Anwalts in feinem Kupferdruck, 16x28 cm groß, zum Preise von **50 Pf.**
Die Beträge müssen vorher an Verbandskassierer **R. Klein,** Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/23 eingekandt werden.

Saynau i. Schlef. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Sommer wie Winter 75 Pf. bei **W. Uder, Große Burgstr. 14.**
Rädenscheid. Der Arbeitsnachweis sowie Ortsverbandsbescheid befindet sich beim Sekretär **Herrm. Bartel, Kölnnerstr. 33.**
Baugen. Durchreisende erh. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr von 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei **E. Serbe, Wendischbergstr. 34.**

Sohnemöhlen u. Umgend. (Ortsverband). Durchreis. Gewerkschafts-kollegen erhalten eine Reiseunterstützung von 50 Pf. bei dem Ortsverbandskassierer **Friedrich Kohn,** Nordstraße Nr. 10. Karten bei dem Verbandskollegen **Klempnermeister Schreier, Lützenstraße.**

Barth (Ortsverband). Durchreis. Gewerkschafts-kollegen erh. 50 Pf. Karten sind zu haben bei **W. Frahm, Baustr. 35/37.** Arbeitsnachweis dafelbst.

Wilhelmshaven (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschafts-kollegen erhalten in den Herbstbergen zur Helmat I und II freies Nachtquartier, Abendbrot und Frühstück. Karten sind zu haben bei dem Ortsverbandskassierer, **F. Sudecke, Dam, Goethestr. 7.**

Eisenach (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Gewerkschafts-kollegen erhalten Verpflegung und Nachtquartier. Meldungen beim Ortsverbandskassierer **Edmund Hartmann, Wiesenstr. 10.**

Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Helmat“ freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen **Buchel** in Seitzners Kohlenhandlung, Zwingerstraße, zu entnehmen.

Der Gewerkverein
Jahrgang 1907
auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsangehörigen und Vereinsbibliotheken
5, sonst 7 Mark
bei vorheriger Einsendung des Betrages.
N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.
Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Verband der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.)
Mittwoch, den 17. Juni 1908, abends 8 Uhr,
Große Versammlung
aller Berliner Gewerksvereiner
im großen Saale des Verbandshauses,
Greifswalder Straße 221/223.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Verbandsvorsitzenden Kollegen **Karl Goldschmidt** über „Die Gewerksvereine und die Parteipolitik“. Zutritt haben nur Mitglieder. Luitungsbuch legitimiert. Da es sich um wichtige prinzipielle und taktische Fragen handelt, ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend notwendig.
Der geschäftsführende Anwalt: Fr. Neufeldt.
Hedermünde und Umgend (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten die Reiseunterstützung von 1 Mark in bar bei dem Kollegen **Ludwig Laube,** Wallstr. 12 und **Bögre, Zörgelow, Wagenbruchstr. 5.**
Halle (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten die Reiseunterstützung von 1 Mark in bar bei dem Kollegen **Ludwig Laube,** Schuhmachermeister, Seipzigerstr. 94, im Hof.